



Staatsgeheimnis Vornamen

Seite 6



Wohnungen sind keine Asylheime

Seite 2



Unsere Kandidaten

Seite 4 und 5



Berlin will den Neuanfang!

Schluss mit Stillstand und Staatsversagen – Zeit für eine politische, wirtschaftliche und soziale Wende

Berlin nimmt als deutsche Hauptstadt eine besondere Rolle ein. Dieser Rolle wird unsere Stadt durch den amtierenden schwarz-roten Berliner Senat nicht gerecht. Der von der Berliner CDU und Kai Wegner 2023 vollmundig versprochene Politikwechsel hat bis heute nicht stattgefunden.

Sattdessen erleben wir im zehnten Jahr nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz erneut einen furchtbaren islamistischen Anschlag – dieses Mal auf den CSD. Der Attentäter war den Sicherheitsbehörden als islamistischer Gefährder bekannt und wurde trotzdem auf freien Fuß gesetzt. Das ist ein eklatantes Staatsversagen. Oberste Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger. Die politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre haben diese Taten erst ermöglicht. Hinzu kommen weitere terroristische Anschläge auf unsere Infrastruktur.

Tausende Zehlendorfer mussten im Januar 2026 einen linksextremistischen Anschlag auf die Stromversorgung erleben. Sie saßen tagelang bei Eiseskälte ohne Strom, Heizung und Warmwasser im Dunkeln. Seit mehr als 10 Jahren sind Linksextremisten mit Anschlägen in Berlin aktiv – bisher ohne Konsequenzen.

Es wird höchste Zeit, die richtigen politischen Weichen zu stellen, um das Leben

in Berlin wieder sicher zu machen – egal ob auf der Straße, im ÖPNV, bei Straßenfesten, öffentlichen Veranstaltungen oder bei der Versorgung der Berliner.

Berlin muss eine Stadt des Wissens werden. Kinder sollen in der Schule wieder die wichtigen Grundlagen des Lebens lernen. In einem Land ohne Rohstoffe sind die klugen Köpfe unser wichtigstes Kapital. Wir können uns nicht mehr leisten, dass fast die Hälfte der Schüler nicht die Mindestanforderungen im Schreiben, Lesen und Rechnen schafft.

Berlin soll seiner Funktion als deutsche Hauptstadt wieder gerecht werden.

Wir wollen unseren jungen Leuten alle Chancen geben, ihren eigenen Lebensweg erfolgreich zu gehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand im Handwerk, an Universitäten, in kleinen oder großen Unternehmen oder als Selbstständiger seine Erfüllung findet. Wir wollen, dass dieje-

nigen Berliner wieder im Mittelpunkt stehen, die die Stadt mit ihrer Arbeit, ihrer Leistung und ihren Steuern am Laufen halten.

Sie haben ein Recht auf einen funktionierenden ÖPNV, genauso wie auf schlaglochfreie Straßen für alle Verkehrsteilnehmer. Berliner müssen wieder Zugang zu bezahlbaren Wohnungen bekommen. Wohnungen sind keine Asylunterkünfte, Wohnungen sind das Zuhause von Berlinern, die gerne hier leben.

Die aktuellen unhaltbaren Zustände in unserer Stadt sind das Ergebnis jahrzehntelanger linksgrüner Politik, verursacht in der Verantwortung aller anderen Parteien.

Wir wollen unsere Stadt wieder stark machen. Damit das gelingt, braucht Berlin dringend eine politische, wirtschaftliche und soziale Wende. Es braucht einen Neuanfang, damit Berlin wieder zu einer florierenden und sozialen Metropole mit hoher Lebensqualität wird. Berlin soll seiner Funktion als deutsche Hauptstadt wiedergerecht werden.

Wir reden nicht, sondern handeln im Interesse der Bürger. Für die Berliner. Für unsere Stadt. **BERLIN. STARK. MACHEN.**

~DR. KRISTIN BRINKER

IS-Terrorist und trotzdem auf freiem Fuß

Versagen staatlicher Gesamtverantwortung beim Schutz der Bevölkerung

Abdul Ballout tötete mit Lieferwagen und Machete. Eine 65-jährige Polin, die mit ihrer Tochter zum CSD gereist war, starb am Tatort. 31 weitere Menschen wurden verletzt, einige schwer. Der Täter wurde später erschossen. Doch wie konnte es dazu kommen?

Abdul Ballout war den Behörden seit Jahren als islamistischer Gefährder und IS-Sympathisant bekannt. Er versuchte mehrfach, sich dem IS anzuschließen – über Libanon-Kontakte und geplante Reisen in den Nahen Osten. 2025 wurde er im Libanon inhaftiert und nach seiner Rückkehr am Berliner Flughafen festgenommen. Im Mai 2026 verurteilte ihn das Amtsgericht Tiergarten wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und zehn Monaten – auf Bewährung.

Trotz Einstufung als Hochrisikoperson, Überwachung (inkl. Kamera am Hauseingang) und bekannter Radikalisierung mietete er am Tag unbemerkt einen Transporter und fuhr zum Tatort. Kurz



Foto: Fahndungsfoto

zuvor wurde er beim Verlassen seines Hauses gefilmt. Lücken in der CSD-Sicherheitszone nutzte er gezielt aus.

Der der Senat verschweigt die Zahlen gewaltbereiter Islamisten.

Der Fall zeigt systemisches Versagen: Polizei und Verfassungsschutz hatten ihn im Blick und stuften ihn als gewaltbereit ein – dennoch blieb er frei. Die Justiz setzte trotz klarer Gefährdung und Berufung der Staatsanwaltschaft auf Bewährung.

Kristin Brinker (AfD) machte die „katastrophale Migrationspolitik der vergangenen Jahre“ verantwortlich. Sie forderte Schutz der Berliner vor gewaltbereiten Islamisten und fragte, wer im Senat dafür verantwortlich sei, dass bekannte IS-Anhänger frei herumlaufen und aus der Haft entlassen werden. Thorsten Weiß, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erinnerte daran, dass der Senat die Zahlen gewaltbereiter Islamisten verschweigt.

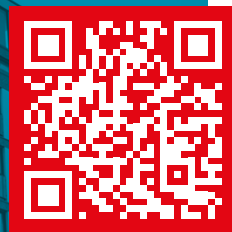
~RONALD GLÄSER

Wohnungen sind keine Asylheime

Unser Einheimischenmodell regelt die Vergabe landeseigener Wohnungen nach klaren Kriterien neu



	WOHNDAUER IN BERLIN	50 50 MAX.
	SCHLÜSSELBERUFE	25 25 MAX.
	WEITERE SOZIALE KRITERIEN	25 25 MAX.



Berlin steckt tief in der Wohnungskrise. Die Mieten stiegen in den letzten zehn Jahren um 69 Prozent, die Eigentumsquote liegt bei nur 16 Prozent und gehört damit zu den niedrigsten in ganz Europa. Der gesamte Bevölkerungszuwachs kommt ausschließlich durch ausländischen Zuzug zustande, der wiederum den Druck auf den Wohnungsmarkt verstärkt.

Gleichzeitig vergibt der Senat die landeseigenen Wohnungen bevorzugt an Asilmigranten aus Gemeinschaftsunterkünften. Normalverdiener, Familien, Fachkräfte, Polizisten, Pflegekräfte und langjährige Berliner bleiben außen vor und müssen im schlimmsten Fall die Stadt verlassen, da sie keinen adäquaten Wohnraum finden.

Als AfD stellen wir uns dieser Entwicklung klar entgegen. Denn diese Vergabep Praxis ist kein Naturgesetz, sondern die politische Prioritätensetzung der Parteien von CDU bis Linke. Wir werden diese ungerechte und intransparente Vergabep Praxis beenden und durch ein transparentes Punktesystem neu ordnen:

- Bis zu 50 Punkte für langjährige Verwurzelung in Berlin, bis zu 25 Punkte für Schlüsselberufe und weitere 25 Punkte für soziale Kriterien wie Familie, Ehrenamt oder Ausbildung.
- Aufenthaltszeiten in Sammelunterkünften und Einrichtungen des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten werden dagegen nicht als Wohndauer im Sinne des Punktesystems berücksichtigt.

Öffentlicher Wohnraum gehört den Berlinern, die die Stadt mit Arbeit, Steuern und Engagement am Laufen halten – nicht der gescheiterten Migrationspolitik.

Unsinnige Bauauflagen, Energiewendegesetz und Klimavorschriften müssen demgegenüber endlich entfallen, damit Bauen und Wohnen in Berlin wieder bezahlbar werden.

Am 20. September haben Sie die Wahl – holen wir uns unsere Stadt zurück!

~ALEXANDER BERTRAM



Keine Vornamen von Messertätern

Kommt noch eine Auskunft des Senats kurz vor Ende der Legislaturperiode?

Ein Verfassungsgericht entscheidet, dass ein Abgeordneter in seinem Frage-recht durch die Regierung verletzt wurde (VerfGH 67/24). Der Abgeordnete wiederholt die Frage und die Regierung verweigert erneut die Beantwortung? Klingt unglaublich, aber so geschehen im Berliner Abgeordnetenhaus.

Gegenstand der Frage sind die 20 häufigsten Vornamen deutscher Messertatverdächtiger für die Jahre 2023 und 2024. Die sechs Jahre davor wurden durch die Regierung stets beantwortet, seit 2023 ist Schluss.

Der Senat argumentiert unter anderem, dass die Gefahr eines ‚Sozialrankings‘ oder von ‚Fehlinterpretationen und verzerrten Darstellungen‘ bestehe und eine Nennung der Vornamen damit zu einer ‚relevanten Gefährdung des Staatswohls‘ führen würde.



Sind die Vornamen von deutschen Messertatverdächtigen jetzt ein Staatsgeheimnis? Anscheinend – denn in Zeiten, in denen Rekordeinbürgerungen vermeldet werden, würde es das Jubelbild der gelungenen Integration wohl ein wenig trüben, wenn neue Deutsche mit dem Namen Mohammed oder Ali in einer solchen Statistik ganz oben auftauchen würden.

Derzeit führe ich ein zweites Verfahren (VerfGH 90/25) und eine Entscheidung wird noch vor Ende der Legislaturperiode erwartet. Man kann nur hoffen, dass das Gericht es dem Senat erneut nicht durchgehen lässt, sich als Torwächter von Informationen aufzuschwingen. Die Öffentlichkeit verdient Wahrheit und Transparenz, gerade in dieser Frage.

~MARC VALLENDAR

Berliner Wirtschaft in Not

Berlin braucht weniger Abgaben, weniger Bürokratie und eine technologieoffene Energiepolitik



Zeichnung KI-generiert

Berlin hat alles, was eine starke Wirtschaftsmetropole braucht: Unternehmer, Handwerker, Gründer, Hoteliers, Gastronomen, Messewirtschaft und Industrie.

Doch der Senat legt dieser Stadt Fesseln an. Statt Leistung zu ermöglichen, produziert Berlin Abgaben, Auflagen und Bürokratie.

Die City Tax belastet Hotellerie und Tourismus, obwohl Berlin um Gäste, Kongresse und Messen kämpfen muss. Wer Übernachtungen verteuert, schwächt auch Gastronomie, Einzelhandel und Dienst-

leister. Die Ausbildungsplatzabgabe ist der nächste Irrweg: Betriebe werden unter Generalverdacht gestellt, statt Ausbildung durch Entlastung und weniger Bürokratie zu stärken. Auch das Vergabegesetz zeigt, wie öffentliche Aufträge durch immer neue Nachweise und ideologische Kriterien verkompliziert werden. Das kostet Zeit, Geld und Chancen für den Mittelstand.

Die AfD setzt dem ein klares Gegenmodell entgegen: Berlin braucht eine neue Gründerzeit. Wir wollen die City Tax abschaffen, die Ausbildungsplatzabgabe stoppen und das Berliner Vergabegesetz abschaffen. An seine Stelle sollen Wirtschaftlichkeit, Transparenz und Rechtssicherheit treten.

Wenn die Politik aufhört, die eigene Wirtschaft zu behindern, kann Berlin wieder wirtschaftlich stark werden

Unser Ansatz: deutlich weniger Abgaben, weniger Bürokratie, eine technologieoffene Energiepolitik mit dem Ziel einer preiswerten und sicheren Energieversorgung, verlässliche Infrastruktur und eine Verwaltung, die Unternehmen als Partner im Rahmen einer echten Willkommenskultur behandelt. Berlin kann wieder wirtschaftlich stark werden – wenn die Politik aufhört, die eigene Wirtschaft zu behindern.

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL



BERLIN. STARK. MACHEN.

mit **KRISTIN
BRINKER**
Spitzenkandidatin



ROLF WIEDENHAUPT

für Reinickendorf, Mitglied des Abgeordnetenhauses, 68 Jahre

Gute Mobilität durch Verkehrsvielfalt statt Verkehrsideologie



RALF CONRADI

für Reinickendorf, Jurist, 69 Jahre

Wer sich wieder bürgerliche Politik für Deutschland wünscht, muss AfD wählen.



JAN STREECK

für Pankow, Versicherungs- und Finanzkaufmann, 28 Jahre

Endlich ehrliche Politik für Berlin.



MARC BERNICKE

für Reinickendorf, Landesgeschäftsführer, 30 Jahre

Berlin braucht Bernicke.



CARSTEN UBBELOHDE

für Reinickendorf, Zahnarzt, 64 Jahre

Nur wer Deutschland liebt, kann Volksvertreter sein!



DANIEL KRÜGER

für Pankow, Verkehrsingenieur, 57 Jahre

Für die Menschen, für unser Berlin.



TOMMY TABOR

für Spandau, Unternehmer, 43 Jahre

Spandau verdient blau – Tommy Tabor liefert!



HERBERT MOHR

für Pankow, Physiotherapeut, 37 Jahre

Ich sage, was ich denke. Und tue, was ich verspreche. Ehrlich. Direkt. Für Berlin!



DAVID ECKERT

für Lichtenberg, Sozialwissenschaftler, 34 Jahre

Für Sicherheit, Sauberkeit und Gerechtigkeit: Berlin, Du kannst mehr!



JULIAN ADRAT

für Mitte, Bildender Künstler, 35 Jahre

Unsere Zukunft. Unsere Regeln. Berlin verdient das Beste!



DR. HUGH BRONSON

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitglied des Abgeordnetenhauses, 65 Jahre

Rote Krawatten sind keine Politik.



DR. KRISTIN BRINKER

für Steglitz-Zehlendorf, Architektin, 54 Jahre

Berlin. Stark. Machen.



STEPHAN KNAUTE

für Lichtenberg, Soldat, 49 Jahre

Dem Land verpflichtet, dem Bürger zu dienen, für Einigkeit, Recht und Freiheit.



JEANNETTE AURICHT

für Marzahn-Hellersdorf, kaufmännische Angestellte, 56 Jahre

Sozial ist nicht, wer verteilt, sondern wer Aufstieg ermöglicht.



MARC VALLENDAR

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Rechtsanwalt, 39 Jahre

Lasst uns Berlin vor dem links-woken Wahnsinn verteidigen!



FRANK SCHEERMESSER

für Friedrichshain-Kreuzberg, Unternehmensberater, 67 Jahre

Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind der richtige.



MARTIN TREFZER

für Treptow-Köpenick, Volkswirt, 56 Jahre

Für Wissenschaftsfreiheit und gegen Cancel-Culture an unseren Unis.



MARTIN KOHLER

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Fraktionsreferent, 28 Jahre

Remigration ist nicht alles, aber ohne Remigration ist alles nichts.



FRANK-CHRISTIAN HANSEL

für Tempelhof-Schöneberg, Diplom-Politologe, 61 Jahre

Ich trete für einen echten Politikwechsel ein, der sich gegen den Linksblock von Grünen, Linken und SPD richtet.



KARL-HEINZ TURBAN

für Tempelhof-Schöneberg, Software-Entwickler, 71 Jahre

Berlin ohne AfD ist wie Curry ohne Wurst.



ROBERT ESCHRICHT

für Neukölln, Wirtschaftswissenschaftler, 40 Jahre

Gerne Deutsch.



ALEXANDER BERTRAM

für Treptow-Köpenick, Sozialwissenschaftler, 37 Jahre

Niemals wegducken! Immer einmischen! Immer mitmischen!



SARAH GRÖBER

für Steglitz-Zehlendorf, Social-Media-Referentin, 40 Jahre

Was muss noch passieren, bis auch Du Dich traust, umzudenken?



HENDRIK PAULI

für Neukölln, Lehrer, 48 Jahre

m/w/d: männlich, weiß, deutsch.



DENIS HENKEL

für Treptow-Köpenick, Jurist, 51 Jahre

Bürger an die Macht!

Sanierung des Bahnhof Zoo wird zum Desaster

Dauerbaustelle noch für viele weitere Jahre



Seither müssen flächendeckende Brandmelder, eine Sprinkleranlage (allein 3,6 Kilometer Wasserleitungen), Entrauchungsanlagen und neue Rauch- und Wärmeabzüge eingebaut werden. Die S-Bahn-Halle wurde komplett entkernt und soll erst 2028 wieder nutzbar sein.

Hätte die Bahn zu Beginn eine gründlichere Voruntersuchung vorgenommen, dann hätte sie das Problem nicht so unterschätzt.

Weil der Bahnhof unter Denkmalschutz steht und täglich von über 90.000 Fahrgästen genutzt wird, dürfen die Arbeiten nur bei laufendem Betrieb und in eng begrenzten Sperrzeiten erfolgen. Das verlangsamt alles zusätzlich.

Hätte die Bahn zu Beginn eine gründlichere Voruntersuchung vorgenommen, dann hätte sie das Problem nicht so unterschätzt. Spätestens nach dem Brand 2017 hätte ein Umschwenken erfolgen müssen. So wird der Bahnhof jetzt noch für weitere Jahre eine Dauerbaustelle bleiben.

~MARKUS SCHLEUSENER

Dieses Projekt ist leider typisch für Berlin und die Bahn: Am Bahnhof Zoologischer Garten läuft seit 2015 eine Sanierung, die sich dramatisch ausgeweitet hat. Ursprünglich war nur eine kleine Modernisierung für rund 15 Millionen Euro bis 2020 geplant.

Inzwischen ist daraus eine umfassende Kernsanierung geworden, die nach aktuellen Angaben der Deutschen Bahn erst 2032 fertig werden und mindestens 250 Millionen Euro kosten soll – mehr als sechzehnmal so viel.

Hauptgründe für die Verzögerungen und Kostenexplosion sind unerwartete Schäden an der Bausubstanz, die sich als deutlich maroder erwies als angenommen. Ein Brand in einem Technikraum an Silvester 2017 deckte massive Brandschutzmängel auf.

Wir müssen Berlin wieder mobil machen – aber auch sicher!

Grüne Verkehrssenatorinnen haben den Autoverkehr in Berlin lahmgelegt: durch Baustellen ohne Ankündigung und Koordinierung, Fahrbahneinschränkungen ohne Sinn und Verstand, Prestigeradwege ohne System und die Einpollerung ganzer Kieze. Gleichzeitig blieb der Ausbau des ÖPNV aus..

Eine CDU-Verkehrssenatorin hat sich in der Berliner Verkehrswelt verloren, träumt von einer Magnetschwebbahn vom ICC zum BER, glaubt die schwerste BVG-Krise seit Jahren mit einem Lächeln wegnicken zu können und verkündet stolz, eine neue Verkehrs-App mit Hamburg gekauft zu haben, obwohl die Hamburger die Entwicklung dieser App gerade stoppen und Berlin nun viel Geld verliert.

Lassen Sie uns gemeinsam Berlin mobil und sicher gestalten.

~ROLF WIEDENHAUPT

Deshalb müssen wir jetzt handeln – das will die AfD nach dem 20. September:

- Baustellenkoordination muss als übergeordnete Aufgabe in der Verkehrsverwaltung verankert und mit den Bezirken umgesetzt werden.
- Durch Nutzung der Möglichkeiten moderner Sensortechnik muss es auf den Hauptachsen wieder eine Grüne Welle geben.
- Eine kostengünstige Sanierung alter, aber gut liegender Hochbordradwege und die sichere und sinnvolle Führung von Radfahrern parallel zu den Hauptverkehrsstraßen muss jetzt umgesetzt werden.
- Sicherheit und Sauberkeit durch Zugangsbarrieren zur U- und S-Bahn. Nur wer fahren will, darf auf die Bahnhöfe gelangen.

Aber wir müssen den Verkehr auch sicherer machen

- Die Empfehlungen der Verkehrsunfallkommission müssen schneller auf unseren Straßen umgesetzt werden.
- Die Schulwegpläne für unsere Kinder müssen in allen Schulen vorliegen und veröffentlicht werden.
- Die Infrastruktur muss so umgebaut werden, dass Konfliktpunkte zwischen Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern minimiert werden.



Das Gewaltproblem an Berlins Schulen

Die größten Probleme der Berliner Schulen sind Gewalt, Lehrermangel und fehlende Schulplätze



Die Berliner AfD fordert ein „Null-Toleranz-Konzept“

- schnellere und wirksamere Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Ausschluss gewaltbereiter Schüler von der Schule
- ein Ende des ‚Ringtauschs‘ zwischen Schulen
- stärkere Kooperation mit Polizei und Jugendamt
- Wachschutz an belasteten Schulen
- konsequente Deutschpflicht und Leistungsorientierung im Unterricht.

Das „Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer“ vom Juni 2026 zeigt: Mehr als die Hälfte der Lehrer sieht Gewalt und Konflikte als großes oder sehr großes Problem, fast zwei Drittel berichten von einer Zunahme seit Corona.

Besonders betroffen sind Grundschulen und Sekundarschulen; Konflikte eskalieren schneller, Beleidigungen und körperliche Übergriffe (Schlagen, Treten) sind verbreitet.

Parallel herrscht massiver Lehrermangel: Viele neue Mitarbeiter sind Quer-

einsteiger, die Stundentafel wird oft nicht erfüllt, Unterricht fällt aus oder wird gestrichen. Gleichzeitig fehlen trotz Schulbauoffensive weiterhin über 20.000 Schulplätze. Viele Schüler müssen weite Wege in Kauf nehmen, Klassen sind überbelegt.

~WERNER BECKER

Einschüchterung und linker Agitprop an Berliner Hochschulen

Wie wir die Wissenschaftsfreiheit und das Neutralitätsgebot an Unis wieder durchsetzen

Ende Juni schrieb ein Student der TU Berlin: „Ich bin erschüttert und täglich frustriert darüber, wie wenig politische Neutralität im Alltag auf dem Campus erkennbar ist. (...) Besonders problematisch finde ich, dass teilweise auch sehr radikale oder linksextreme Positionen im universitären Umfeld offenbar toleriert werden.“

Ähnliche Erfahrungen haben auch andere Hochschulangehörige gemacht, die sich bürgerlich oder nur „nicht links“ verorten. Für viele ist der Uni-Alltag zum täglichen Spießrutenlauf geworden. Denn an allen Berliner Unis blasen linke Aktivisten zur Jagd auf Andersdenkende. Am schlimmsten trifft es jüdische Akademiker, die von Linksradikalen und Palästinaaktivisten zugleich bedrängt werden.

Dass die Partei Die Linke dieses Klima der Einschüchterung schamlos ausnutzt, kann dabei niemanden überraschen. Die Linke hat sich unsere Hochschulen regelrecht zur Beute gemacht und organisiert Teile ihres Haustürwahlkampfes mittlerweile aus Hörsälen heraus.

Die Uni-Präsidien schauen diesem Treiben ebenso tatenlos zu wie die



SPD-Wissenschaftssenatorin oder der Regierende Bürgermeister.

Diese gefährliche Ignoranz bereitet dann wiederum den Nährboden für wachsenden Linksextremismus und zunehmenden Antisemitismus.

Deshalb ist es höchste Zeit, diesen Zuständen an unseren Unis endlich entschlossen entgegenzutreten!

Die Berliner AfD-Fraktion hat sich dieser Aufgabe gestellt und ein Hochschulneutralitäts- und Freiheitsgesetz in das Abgeordnetenhaus eingebracht, das die Hochschulleitungen verpflichtet, die

Hochschulen wieder zu Orten der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre zu machen und sie aus den Fängen politischer Instrumentalisierung zu befreien.

Dafür braucht es entschlossenen politischen Willen, den CDU und SPD weder aufbringen können noch aufbringen wollen.

Nur die AfD steht dafür ein, dass endlich wieder rechtsstaatliche Zustände an unseren Hochschulen durchgesetzt werden! **Ein Grund mehr, am 20. September AfD zu wählen!**

~ MARTIN TREFZER





10 Fragen an: **Kristin Brinker**

Kristin Brinker (MdB), Vorsitzende der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und Landesvorsitzende der AfD Berlin.

1. Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?
Gendarmenmarkt
2. Das Getränk zum Lieblingslied?
Aperol Spritz
3. Im Radio hören Sie am liebsten ...?
Hits der 80/90er
4. Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?
Es gibt zu viele, um sie einzeln aufzulisten
5. Was mögen Sie an Berlin am meisten?
Die vielen Seen
6. Und was ist das Schrecklichste?
Schmutz und Müll
7. Warum sind Sie Abgeordnete geworden?
Neugier, warum so viele lebensfremde Gesetze gemacht werden
8. Was war Ihr größter Erfolg als Abgeordnete?
Der Rücktritt der linken Bausenatorin Lompscher infolge einer von mir gestellten schriftlichen Anfrage
9. Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?
Nein
10. Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?
Mehr Fokus auf die echten Probleme der Berliner



Alle Blauen Boten gibt's hier:

QR-Code scannen und keine Ausgabe mehr verpassen:

<https://afd.berlin/blauer-bote/>



Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin

twitter.com/AfDBerlin



Landesverband
Berlin

POLITISCHE ANZEIGE

Sponsor ist der AfD Landesverband Berlin
Diese Anzeige steht im Zusammenhang mit der Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin am 20. September 2026.

Weitere Informationen: <https://afd.berlin/transparenz9/>



Foto: Redaktion

Viele fleißige Helfer sind in der heißen Wahlkampfphase unterwegs, um Flyer zu verteilen und Plakate anzubringen. Außerdem treten unsere Kandidaten auf Podiumsdiskussionen und Bühnen auf. Es gibt auch einige Radiospots.

Derzeit ist geplant, dass unsere Wahlwerbung beim Berliner Rundfunk, bei RTL und Spreeradio läuft.

Aber wir hätten gerne noch mehr.

Können Sie uns helfen, noch weitere Spots bei einem oder zwei weiteren Sendern zu buchen? Wir brauchen dafür mindestens 7.500 Euro.

Mit Ihrer Hilfe würden wir so Zehntausende von Berlinern zusätzlich erreichen!

SPENDENKONTO

Empfänger:

AfD Berlin

IBAN:

DE35 1005 0000 0191 1950 57

Verwendungszweck:

Spende Wahlkampf 2026

sowie Name und Anschrift
(bei Interesse an einer
Spendenbescheinigung)

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin

Verantwortlich im Sinne des

Presserechts Ronald Gläser

E-Mail lgs@afd.berlin

REDAKTIONSSCHLUSS 7. AUGUST 2026

